

Antrag auf Aufnahme als freiwilliges Mitglied

RZVK des Saarlandes
Zusatzversorgungskasse
Fritz-Dobisch-Str. 12
66111 Saarbrücken

Arbeitgeber

Name bzw. Bezeichnung

Straße/Hausnummer

Postleitzahl

Ort

EMail-Adresse

Telefon (freiwill. Angabe)

Telefax

ABRECHNUNGSVERBAND I

ABRECHNUNGSVERBAND II

Der/Die/Das

(Stadt, Gemeinde, Zweckverband oder sonstiger Arbeitgeber)

beantragt (§§ 11 ff der Satzung der ZVK; im folgenden ZVKS) auf Grund des Beschlusses¹⁾ des

(Stadt-, Gemeinderat oder sonstiges ggf. zuständiges Beschlussorgan)

zum Zwecke der zusätzlichen Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung seiner/
ihrer Beschäftigten die Aufnahme in die Zusatzversorgungskasse des Saarlandes mit Wirkung vom

²⁾

Begläubigte Abschrift des Beschlusses des zuständigen Organs¹⁾ liegt bei.

Die Arbeitsverträge zwischen dem Arbeitgeber und jedem einzelnen versicherungspflichtigen
Beschäftigten wurden, soweit für sie der Tarifvertrag Altersversorgung - ATV - nicht gilt, ent-
sprechend dem Vorschlag der ZVK³⁾ ergänzt. Bei später eintretenden versicherungspflichtigen
Beschäftigten, für die der ATV nicht gilt, wird die Teilnahme an der Zusatzversorgung entsprechend
dem Vorschlag der ZVK³⁾ vereinbart werden (§ 19 Abs. 1 Buchst. k ZVKS).

18. Jul 2025

Der/Die Antragsteller/in beschäftigte bzw. beschäftigt seit dem beantragten Zeitpunkt des Beginns
der Mitgliedschaft Beschäftigte/keine Beschäftigte⁴⁾, die von einem oder mehreren Rechtsvorgängern
unmittelbar übernommen wurden.

Bezeichnung und Anschrift des Rechtsvorgängers	Zeitpunkt des Rechtsüberganges	Bezeichnung und Fundstelle der Rechtsgrundlage

Datei:

Anzahl der derzeit versicherungspflichtigen Beschäftigten _____

Entsprechende Unterlagen (z.B. Satzung, Gesellschaftsvertrag, Eintragung ins Handelsregister, Personalüberleitungsvertrag, Mitgliedschaft im KAV Saar e.V. usw.) sind diesem Antrag in Kopie beigefügt.

Es wird hiermit die Anwendung des Tarifrechts des Landes oder der Gemeinden bestätigt (z.B. TVöD, TV-L, TV-V).

Es wird hiermit die Anwendung des Tarifrechts wesentlich gleichen Inhalts im Sinne des Tarifrechts des Landes o. der Gemeinden bestätigt; Name des Tarifvertrages (Kopie bitte beifügen):

Anmerkungen

- 1) Vorschlag der ZVK für den Wortlaut des Beschlusses des zuständigen Beschlussorgans:

"Der/Die
Bezeichnung des Arbeitgebers

beantragt, zum Zwecke der zusätzlichen Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung ihrer/seiner Beschäftigten mit Wirkung vom

als freiwilliges Mitglied in die Zusatzversorgungskasse des Saarlandes aufgenommen zu werden."

Die Namen der bei der Kasse zu versichernden Beschäftigten dürfen in dem Beschluss nicht aufgeführt sein.

- 2) Die ZVK weist besonders darauf hin, dass der Beitritt von dem Zeitpunkt an erfolgen muss, ab dem Beschäftigte beschäftigt wurden, die auf Grund Tarifrechts (z. B. vgl. § 25 TVöD) oder einzelarbeitsvertraglicher Regelung einen Anspruch auf Zusatzversorgung haben. Durch einen Beitritt erst zu einem späteren Zeitpunkt würde der Arbeitgeber seine arbeitsrechtliche Verpflichtung zur Verschaffung einer Zusatzversorgung nicht rechtzeitig erfüllen. Eine nachträgliche Rückverlegung des einmal gewählten Mitgliedschaftsbeginns nach Begründung der Mitgliedschaft ist nicht möglich!

- 3) Vorschlag der ZVK für die Ergänzung der Arbeitsverträge der versicherungspflichtigen Beschäftigten, auf welche der ATV keine Anwendung findet:

"Der/die Beschäftigte hat Anspruch auf Versicherung unter eigener Beteiligung zum Zwecke einer zusätzlichen Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des Tarifvertrages über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Tarifvertrag Altersversorgung-ATV) in der jeweils geltenden Fassung.

18. Jul 2025 Für die Versicherung bei der Zusatzversorgungskasse sind die jeweils gültigen Vorschriften der Satzung dieser Kasse maßgebend."

- 4) Nichtzutreffendes bitte streichen.
Eine zutreffende Angabe ist unbedingt erforderlich, da Zeiten einer Beschäftigung bei einem Rechtsvorgänger bei einer Rentenfestsetzung unter bestimmten Voraussetzungen zu berücksichtigen sind.
- 5) Der Aufnahmeantrag ist von der (den) vertretungsberechtigten Person(en) zu unterzeichnen.

Ort, Datum	Amts-(Funktions-)bezeichnung und Name / Siegel ⁵⁾
------------	--